

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 19.09.2024

Anträge	
Salzburger Brezen beim Christkindlmarkt im Franziskanerviertel	Daniela Gamsjäger-Katzensteiner
Informationen zur Baustelle Pongratz-Moore-Steg in Andritz für Bevölkerung	Elke Heinrichs
Frühere NS-Gräuel auf dem Gelände Graz Reininghaus – dem Vergessen entreißen!	Kurt Luttenberger
Studie zur Grazer Innenstadt	Mag.a Sahar Mohsenzada
Dringliche Anträge	
Petition – Nulllohnrunde für Grazer Stadtregierung	Mag.a Sahar Mohsenzada
Selbstbestimmtes Wohnen am Bauernhof	Philipp Ulrich

Gemeinderätin Daniela Gamsjäger-Katzensteiner

Dienstag, 19. September 2024

Betrifft: Salzburger Brezen beim Christkindlmarkt im Franziskanerviertel

18 Jahre lang war der Traditionsbetrieb „Salzburger Brezen“ ein fixer Bestandteil des Christkindlmarkts im Franziskanerviertel und erfreute sich großer Beliebtheit. Das Ausmaß dieser Beliebtheit lässt sich unter anderem anhand der Reaktionen der Besucher:innen erkennen. Als auf den Social-Media-Kanälen der „Salzburger Brezen“ das diesjährige Fernbleiben vom Christkindlmarkt gepostet wurde, wurde der Beitrag von 9.200 User:innen geteilt. An das Büro der Bürgermeisterin ergingen zahlreiche An- und Nachfragen, wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist und ob sich daran noch etwas ändern ließe. In der Tat fragt man sich, welche Beweggründe hinter dieser Entscheidung stehen, argumentiert doch Marktleiter Walter Kriwetz mit der fehlenden Regionalität, während Stadtrat Günter Riegler, die angeblich fehlende Nachhaltigkeit als entscheidenden Punkt nennen.

Die Reaktionen der enttäuschten Christkindlmarktbesucher:innen haben mehr als deutlich gezeigt, dass nach einer Alternativlösung gesucht werden muss, den Salzburger Traditionsbetrieb auch dieses Jahr wieder zum Bestandteil der Grazer Christkindlmärkte zu machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Der zuständige Stadtrat Günter Riegler wird ersucht einen Weg zu finden, die „Salzburger Brezen“ für die diesjährige Christkindlmarkt-Saison doch noch nach Graz zu holen.

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 19. September 2024

Antrag

Betrifft: Informationen zur Baustelle Pongratz-Moore-Steg in Andritz für Bevölkerung

Der seit 1968 als Rohrbrücke errichtete Pongratz-Moore-Steg über die Mur, welcher den Bewohner:innen von Andritz und Gösting als Fuß- und Radweg dienlich war, ist bereits seit Juli 2023 gesperrt.

Eine Neuerrichtung ist gesetzlichen Vorgaben unterworfen: Wasser-, Naturschutz- und Straßenrecht sind zu berücksichtigen. Neue Leitungsverlegungen sind unumgänglich.

Eine Zwischenlösung (etwa Schwimmbrücke oder Bailey-Brücke) ist wegen behördlicher Auflagen und örtlicher Gegebenheiten nicht möglich.

Aufgrund des komplexen Problems ergibt sich eine erhebliche Verzögerung des Baus, welcher ursprünglich mit Ende 2024 anberaumt war. Realistischer Weise wird sich die Fertigstellung um ein Jahr verzögern (2025/Anfang 26).

Zahlreiche Beschwerden der Anwohner:innen der betroffenen Bezirke, welche über große Umwege ausweichen müssen, veranlassen mich mit der Bitte um entsprechende Informationen zur – zwar verständlichen – aber doch sehr langwierigen Errichtung des neuen Murüberganges an Sie heranzutreten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Das zuständige Straßenamt möge in Zusammenarbeit mit der Kommunikationsabteilung die Bewohner:innen der Bezirke Andritz und Gösting aktuell sowie in sinnvollen Abständen über die Hintergründe der Verzögerung beziehungsweise den Verlauf der Bauarbeiten informieren.

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 19. September 2024

Betrifft: Frühere NS-Gräuel auf dem Gelände Graz Reininghaus – dem Vergessen entreißen!

Eine kürzlich im Wohnquartier Reininghaus angebrachte Plakette würdigt eine Erfindung (Presshefe) des Braumagnaten Mautner von Markhof mit gekoppeltem Aufschwung der damaligen Großbrauerei Reininghaus. Löblich.

Gleichzeitig verbirgt sich unter dem Areal der Reininghausgründe ein schreckliches Geheimnis. Ende 1944 errichteten die Nazis eine unterirdische Rüstungsfabrik, als eine der größten ausgelagerten Rüstungsfabriken Österreichs. Produziert wurden Flugzeugmotoren und Panzergetriebe. Dazu wurden noch Luftschutzbunker errichtet. Bauen mussten beide Objekte rund 1.600 Zwangsarbeiter denen die Todesstrafe angedroht wurde, wenn sie darüber redeten.

Der Begriff „Zwangsarbeiter:in“ ist mit schrecklichen Realitäten verbunden. Wie viele kamen bei Zwangsarbeit in Graz um? Wie viele wurden in Todesmärschen noch in Konzentrationslager gebracht um dort zu krepieren? Für die historische Aufarbeitung gibt es noch viel zu tun.

Vor Jahren wurde seitens der KPÖ eine diesbezügliche Anfrage an die damaligen Stadtverantwortlichen gestellt, die Realisierung ist – sagen wir mal – mehr als ergebnisoffen. (https://www.graz.at/cms/dokumente/10360595_10696015/fad3b2ff/03_KPÖE.pdf)

Die unlängst erschienene BIG berichtet unter „Kultur und Miteinander“ über geplante Revitalisierung der Tennenmälzerei in Reininghaus.

Es ist höchst an der Zeit, dass dies zum Anlass genommen wird an die Schrecken der Nazis in diesem Zeitabschnitt zu erinnern (etwa in Form eines Gedenkraums, einer Gedenkecke, eines Gedenksteins, oder zumindest einer Gedenktafel). Dieses Gedenken muss auch zeithistorisch begleitet werden.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen daher den

Antrag

Die zuständigen Stellen mögen, im Zuge der Revitalisierung der Tennenmälzerei, einen Gedenkort für die Zwangsarbeiter:innen der unterirdischen Rüstungsfabrik einrichten.



8011 Graz, Rathaus, Zimmer 236–239

Tel.: + 43 (0) 316 / 872-2151

Fax: + 43 (0) 316 / 872-2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Sahar Mohsenzada

Dienstag, 19. September 2024

Betrifft: Studie zur Grazer Innenstadt

Am 5. September haben wir aus den Medien erfahren, dass die FH Campus 02 im Auftrag der Stadt (Stadtrat Günter Riegler) eine Studie zur Grazer Innenstadt erstellt hat. Diese soll laut Medienberichten, sehr gemischt ausgefallen sein. Diese Informationen wie auch die Studie selbst sind für Gemeinderät:innen und auch andere Stadtsenatsmitglieder von großem Interesse.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen daher den

Antrag

Stadtrat Günter Riegler, möge die besagte Studie an alle Gemeinderats- und Stadtsenatsmitglieder übermitteln und auch die Kosten für die Studie offenlegen.

Gemeinderätin Mag.a Sahar Mohsenzada

Donnerstag, 19. September 2024

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Petition – Nulllohnrunde für Grazer Stadtregierung

Die steirische Landesregierung hat im Sommer eine Nulllohnrunde für Landeshauptmann, LH-Stellvertreter, Landesrät:innen und Landtags-Klubobleute für 2025 beschlossen. Die Bezüge von Landtagsabgeordneten sollen nur um die Hälfte des vom Bund beschlossenen Anpassungsfaktors steigen.

Als KPÖ begrüßen wir diesen Beschluss, wir fordern auf anderer Ebene auch eine generelle Senkung der Politbezüge.

Angesichts sinkender Ertragsanteile und steigender Ausgaben wäre eine analoge Regelung auch in der Stadt angebracht.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat ersucht den Landtag Steiermark, für die Grazer Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute ebenfalls eine Nulllohnrunde für das Jahr 2025 zu beschließen.

Gemeinderat Philipp Ulrich

Donnerstag, 19. September 2024

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Selbstbestimmtes Wohnen am Bauernhof

Die Stadt Graz nimmt ihre Verantwortung in Richtung inklusive Zukunft wahr und beschreitet seit vielen Jahren neue Wege, um eine Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft zu ermöglichen. Durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention haben wir uns verpflichtet, alle Lebensbereiche wie Barrierefreiheit, persönliche Mobilität, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Rehabilitation, Teilhabe am politischen Leben, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung zu befolgen.

Eine Überprüfung im vergangenen Herbst durch den UN-Fachausschuss offenbarte eklatante Mängel bei der Umsetzung. Die Behindertenanwältin Christine Steger fasst das Ergebnis folgendermaßen zusammen: „Gravierende, vom UN-Fachausschuss bereits im Rahmen der Staatenprüfung 2013 hervorgehobene, Mängel bestehen weiterhin unverändert. Mitunter sind sogar Verschlechterungen zu verzeichnen. In mehreren Bereichen sind die Bedingungen, die Menschen mit Behinderungen in Österreich vorfinden, schlichtweg als nicht menschenrechtskonform zu bezeichnen“.

Besonders der segregierende Bildungsbereich, das Werkstätten-Prinzip und die nicht einmal ansatzweise umgesetzte De-Institutionalisierung wurden besonders gerügt. Der Behindertenbeirat der Stadt Graz hat sich deshalb besonders letzterem Thema angenommen und eine Petition zur De-Institutionalisierung gestartet, in der aktuell Unterschriften gesammelt und Anfang 2025 an den steirischen Landtag übergeben werden. Da Unterschriften alleine natürlich keine Veränderungen herbeiführen und selbstbestimmte Projekte auf neuen Wegen bereits existieren, lohnt es sich als Stadt Graz auch hier rechtzeitig eventuell vorhandene Ressourcen zu nutzen.

Eine Möglichkeit besteht darin, leerstehende bäuerliche Wohnstrukturen anzumieten und für Menschen mit Behinderungen bzw. Beeinträchtigungen zur Verfügung zu stellen. Die „Green-Care Betriebe“, welche in der Steiermark den Andershof, den Bauernhof Unger und den Antoniushof betreiben, bieten hier eine Vorbildfunktion. In der Stadt Graz gibt es 356 Land- bzw. Forstwirtschaftliche Betriebe und wir sind aktuell die größte Bauerngemeinde Österreichs. Mit landwirtschaftlicher Produktion alleine kann oftmals die Deckung eines

ausreichenden Einkommens für bäuerliche Familien nicht mehr gewährleistet werden. Mieteinnahmen könnten ein zusätzliches Einkommen sichern, ohne dass einem außerbetrieblichen Zweiterwerb nachgegangen werden muss.

In einigen Fällen wurden außerdem Beschäftigungsverhältnisse direkt mit den Hofeigentümer:innen geschaffen, was wiederum die Möglichkeit bietet, aus dem Ausgleichstaxfonds Mittel für eventuelle Adaptierungen zu lukrieren. Auch für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen könnte hier ein Setting entstehen, das eine verstärkte Teilhabe ermöglichen würde. Eine Wohngemeinschaft könnte (z.B. durch eine Vereinsgründung) selbständig betrieben werden und würde somit der dringend eingeforderten De-Institutionalisierung entsprechen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat ersucht Inklusionsstadtrat Kurt Hohensinner, Gespräche mit Trägerorganisationen, Landwirtschaftskammer, dem Land Steiermark und weiteren möglichen Stakeholdern zu führen, um die Schaffung solcher Wohngemeinschaften für die Stadt kostenneutral anzustoßen. Dem Ausschuss für Gesundheit & Pflege, Soziales, Senioren und Integration ist bis Jännersitzung zu berichten.